

Protokoll Politikerwoche - Gespräch mit Herr Dr. Peter Tauber (CDU) - 24.06.2013

Deutscher Bundestag - Jakob Kaiser Haus

anwesend: Eva-Maria Meckel, Johannes Mann, Hanin Ibrahim, Ole Fabricius

- Kurze Begrüßungs-/Vorstellungsrunde

- Arbeitsmarktneutralität

Der fünfte Bundessprecher, Crispin Deppe, kann bei der Politikerwoche nicht anwesend sein, da er von seiner Einsatzstelle gebraucht wird. In vielen Einsatzstellen werden die Freiwilligen als vollwertige Arbeitskraft gesehen. Wir sehen die Arbeitsmarktneutralität in den Freiwilligendiensten gefährdet, wenn einige Stellen existenziell auf die Arbeit der Freiwilligen angewiesen sind.

→ Dr. Tauber definierte dieses Problem als eine fließende Grenze. Viele FÖJler hätten ihrer Einsatzstelle gegenüber Sympathie und würden auch gerne helfen und Verantwortung übernehmen wollen. Dadurch sei eine Differenzierung gegenüber normal vergüteten Arbeitskräften nicht ganz einfach. Durch diese Grenze werde die Arbeitsmarktneutralität oftmals überschritten. Von Seiten der Politik könne in Einzelfällen allerdings nicht gehandelt werden. FÖJler müssten Probleme in der Einsatzstelle selbst ansprechen und gemeinsam mit Träger und Land gegen "unfaire Arbeitsverhältnisse" vorgehen.

- Doppelrolle des BAFzA (Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben) im BFD (Bundesfreiwilligendienst)

Das BAFzA fungiert im BFD für einige Einsatzstellen als Träger. Gleichzeitig soll das BAFzA als staatliches Organ die Arbeit der Einsatzstellen und Träger kontrollieren. Damit wird das Subsidiaritätsprinzip missachtet – und das BAFzA kontrolliert sich selbst. Die Neutralität und Gleichwertigkeit der Träger ist damit nicht gegeben, da einige zivilgesellschaftlich sind und das BAFzA staatlich ist. Freiwillige, dessen Träger das BAFzA ist, müssen sich bei Problemen somit direkt an die staatliche Stelle wenden, die sich dabei selbst kontrollieren soll. Das sehen wir als äußerst problematisch.

→ Dr. Tauber erachte dies nicht als besonders problematisch. Einige Einsatzstellen würden sich – gerade wenn sie nur sehr wenige FÖJler haben - bewusst keinem zivilgesellschaftlichen Träger unterordnen wollen, damit sie nicht Träger und BAFzA, sondern ausschließlich das BAFzA als Ansprechpartner haben und so weniger bürokratischer Aufwand besteht. In einer freien Demokratie solle es laut Dr. Tauber möglich sein, sich als Einsatzstelle dafür zu entscheiden, auch das BAFzA als Träger zu wählen.

→ Klarstellung von unserer Seite: Die Trägerschaft des BAFzA darf nicht zum Nachteil der Freiwilligen werden, die damit einen staatlichen und damit abhängigen Träger als Ansprechpartner und Zuständigen für die Bildungsseminare haben.

- Sprechersysteme in allen Freiwilligendiensten

Wir sehen Sprechersysteme in allen Freiwilligendiensten als notwendig an, da so alle Freiwilligen Ansprechpartner aus den eigenen Reihen haben, die zwischen den Freiwilligen, Einsatzstellen und Trägern vermitteln können. Desweiteren würden so die Interessen der Freiwilligen in allen Diensten gebündelt und entscheidenden Akteuren mitgeteilt. Wenn alle Freiwilligendienste bundesweit demokratisch Sprecher wählen würden, könnten die Bundessprecher aus den verschiedenen Diensten gemeinsam agieren und sich so zusammen für die Rechte der gesamten etwa 90.000 Freiwilligen in Deutschland einsetzen.

→ Dr. Tauber sei für die Umsetzung der Sprechersysteme in allen Freiwilligendiensten. Der Impuls müsse allerdings aus der Zivilgesellschaft kommen.

→ Ergänzungen unsererseits: Im FSJ in Sachsen wurde gerade der Grundstein für ein Sprechersystem gelegt, darüber können wir ihm gern Informationen zukommen lassen;

Er könnte sich mit dem BAK FSJ (Arbeitsgemeinschaft der Träger im FSJ) in Verbindung setzen und dort das Sprechersystem aus Sachsen als Positivbeispiel benennen und für eine Umsetzung in den anderen Bundesländern plädieren.

Im BFD soll es auch ein Sprechersystem geben, eine entsprechende Wahlverordnung wurde im März im Bundesgesetzesblatt veröffentlicht. Dazu haben wir einen Fragenkatalog und Kritikpunkte ausgearbeitet und bieten an, ihm diesen zu zusenden. Darunter zum Beispiel: Wie wird das Sprechersystem bezüglich der Altersoffenheit U27/Ü27 im BFD gestaltet? Wie wird sichergestellt, dass jeder BFDler abstimmen kann, wenn eine Abstimmung nur online möglich ist?

→ Dr. Tauber zeigte Interesse am Sprechersystem in Sachsen und an unserem Fragenkatalog zur BFD-Wahlverordnung und bat um Zusendung der Informationen. Dass es viele offene Fragen in der Wahlverordnung gibt, sehe er so nicht, er finde sie sehr gut. Er sehe die Möglichkeit, dass Freiwillige keinen Internetzugang haben, als sehr gering und schlug zur Lösung vor, denjenigen die Unterlagen per Post zu senden. Die Möglichkeit den BAK FSJ zu kontaktieren sei ein guter Punkt.

→ Anregung von uns, dass vor allem wir und zukünftige FÖJ-Bundessprecher bei der Gestaltung der Sprechersysteme in den anderen Freiwilligendiensten mithelfen könnten, da wir als einzige Erfahrungen aus der Praxis mitbringen.

→ Dr. Tauber könne in dieser Hinsicht nichts machen, da die Träger selbst entsprechende Gremien zur Gestaltung der Sprechersysteme bilden. Wir sollen uns daher an die Bundesarbeitskreise FÖJ und FSJ wenden.

- Partizipation und Klausurtagung Freiwilligendienste

Erklärung der aktuellen Situation: Bezüglich der Tagung haben wir noch keinerlei offizielle Antwort auf unseren Appell und unsere Nachfrage zu Ergebnissen der Tagung vonseiten des BMFSFJ (Bundesfamilienministerium) erhalten. Ein geplantes Gespräch während der Politikerwoche mit Dr. Jens Weingärtner aus dem BMFSFJ wurde abgesagt. Wir betonten, dass wir gern mehr Informationen zur freiwilligendienstpolitischen Arbeit erhalten und andersherum unsere Ideen gern miteinbringen würden.

Desweiteren haben wir noch erläutert, dass die zukünftigen Bundessprecher im BFD laut BFD-Gesetz die Möglichkeit bekommen sollen, an einem BFD-Beirat mitzuwirken, in dem verschiedene Akteure aus Zivilgesellschaft und Politik beteiligt sind. Wir als Bundessprecher hätten auch gerne solch eine Möglichkeit und betonten deshalb noch einmal unsere Forderung, zur Klausurtagung eingeladen zu werden.

→ Dr. Tauber unterstütze unsere Forderung und werde noch einmal nachfragen, ob es nicht machbar wäre, ein entsprechendes Zeitfenster für uns einzuräumen.

- Rundfunkbeitragsbefreiung für Freiwilligendienstleistende

Wir empfinden es als ungerecht, dass Freiwilligendienstleistende, denen meist weniger zusteht als BAFÖG-Empfängern, den Rundfunkbeitrag zahlen sollen, obwohl sie sich auch noch für die Gesellschaft engagieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Freiwillige in Zukunft davon befreit werden.

→ Dr. Tauber sehe diesen Punkt ebenso wie wir und fordere eine stärkere Anerkennungskultur, die zum Beispiel auch Vergünstigungen bei Bahncards beinhalten sollte. Er merkte an, dass bezüglich des altersoffenen BFDs Probleme auftreten könnten, weil einige BFDler ein großes Vermögen oder hohes Einkommen hätten und es nicht zweckmäßig wäre, diese vom Beitrag zu befreien. Eine Erfassung des Vermögens/Einkommens der BFDler würde einen erheblichen bürokratischen Aufwand bedeuten. Die Befreiung der insgesamt etwa 90.000 Freiwilligen in Deutschland würde eine enorme Summe bedeuten.

→ Anmerkung von uns, dass nicht zwangsläufig 90.000 Freiwillige weniger zahlen, weil pro Haushalt und nicht pro Person gezahlt wird. Eine Wertschätzung von Engagement sollte alle, die sich freiwillig engagieren, betreffen – egal, was für Voraussetzungen sie mitbringen. Für die Rundfunkgebühren seien die Länder zuständig, als Bundestagsabgeordneter bestehe keine Handlungsmöglichkeit.

- Anerkennungskultur

Freiwilligendienste werden im Gegensatz zu dem Zivildienst noch nicht sehr positiv in der Gesellschaft anerkannt. Seit 2012 gibt es einen bundesweit einheitlichen Freiwilligendienstaussweis, der jedoch in der Praxis oft noch nicht anerkannt wird. Freiwilligendienstleistende sind für Ermäßigungen gesetzlich mit Azubis gleichgesetzt. Freiwillig Wehrdienstleistende können teilweise kostenlos mit der Deutschen Bahn fahren, solche Vergünstigungen gibt es in anderen Diensten nicht. Die Befreiung vom Rundfunkgebührenbeitrag, Ermäßigungen bei der Deutschen Bahn, Anerkennung des Ausweises und in der Gesellschaft würden zur Verbesserung der Anerkennungskultur beitragen.

→ Dr. Tauber sehe den bundesweiten Freiwilligendienstaussweis als guten Auftakt für die Stärkung einer Anerkennungskultur, allerdings müsse die weitere Entwicklung von der Zivilgesellschaft kommen. Kommunen seien nun in der Verantwortung, ihrer lokalen Wirtschaft die Anerkennung der Dienste nahe zu legen und Ermäßigungen zu ermöglichen.